

Stand: 01.07.2025 13:50:54

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18566

"Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18566 vom 26.10.2021
2. Plenarprotokoll Nr. 95 vom 27.10.2021
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/20039 des HA vom 30.11.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 104 vom 10.02.2022
5. Beschluss des Plenums 18/21122 vom 15.02.2022
6. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 15.02.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Christian Klingen, Andreas Winhart, Uli Henkel, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Erhöhung der Entfernungspauschale (Pendlerpauschale) auf 0,40 Euro pro Kilometer ab dem ersten Kilometer einzusetzen.

Begründung:

Publikationen des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) Köln,¹ des Instituts für Wirtschaftsforschung (ifo Instituts),² des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) Kiel³ und der Wirtschaftsredaktion der NZZ⁴ legen nahe, dass der aktuell starke Preisanstieg der fossilen Brennstoffe in Deutschland nur teilweise auf „unerwartet“ kältere Temperaturen und COVID-bedingte Lieferengpässe zurückzuführen, sondern vor allem das Ergebnis der beschleunigten Energiewende und steigender CO₂-Bepreisung ist.

Erstens sind die langfristig ungenügenden Investitionen im Sektor fossiler Brennstoffe aufgrund einer kohlenwasserstofffeindlichen Rhetorik und Politik der meisten westlichen Regierungen auf eine erhöhte Nachfrage nach Kohle, Gas und Öl getroffen. Diese erhöhte Nachfrage wiederum entstand durch eine saisonale Wärme- und Erzeugungslücke, die durch den übereilten Ausbau volatiler wetterabhängiger erneuerbarer Energien verursacht und eskaliert wird.⁵

Zweitens hat die Einführung der CO₂-Steuer Anfang 2021 zu einem sprunghaften Anstieg der Spritpreise geführt: von Juni 2020 auf Juni 2021 um 30 Cent bei einem Liter Benzin und bei Diesel um 25 Cent pro Liter.⁶

¹ Schaefer T. (2021). Sprit wird deutlich teurer. IW Köln. URL: <https://www.iwkoeln.de/presse/iw-nachrichten/beitrag/thilo-schaefer-sprit-wird-deutlich-teurer.html>

² Fuest C. (2021). Zu den wirtschaftlichen Aspekten der Benzinpreisdebatte. Tagesschau. URL: <https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-872729.html>

³ Peterson S. (2019). Das Klima zu retten geht nicht auf die Billig-Tour. IfW Kiel. URL: <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/das-ifw-in-den-medien/2019/04/klimapolitik-expertin-zur-forderung-nach-drastischer-co2-steuer-was-kann-das-fuer-klimaschutz-bringen/>

⁴ Hosp G. (2021). Die steigenden Erdgaspreise zeigen: Eine Energiewende braucht Realismus und keine Sonntagsreden. NZZ. URL: <https://www.nzz.ch/meinung/steigende-erdgaspreise-die-energiewende-braucht-realismus-id.1649945>

⁵ Siehe, z. B.: Kaiser T. (2021). Rekordpreise für Gas und Strom sind nur ein Vorgeschmack auf das, was kommt. Welt. URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus234395980/Gas-und-Strom-Rekord-Energiepreise-nur-Vorgeschmack-auf-das-was-noch-kommt.html>

⁶ Junge Freiheit (2021). Benzinpreis springt nach oben – Strom so teuer wie nirgendwo in Europa. URL: <https://jungefreiheit.de/wirtschaft/2021/benzinpreis-strom-strompreis-europa/>

Im Durchschnitt mussten deutsche Autofahrer im Oktober 2021 laut dem ADAC 1,7 Euro je Liter Benzin und 1,6 Euro je Liter Diesel zahlen. Das ist der höchste Wert seit 2012.⁷

Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigen, dass aufgrund der erhöhten CO₂-Bepreisung der Bundesregierung der Spritpreis im Jahr 2022 um weitere 0,4 bis 0,7 Euro je Liter Benzin höher ausfallen könnte. Das würde für eine Familie auf dem Land eine Mehrbelastung von 1.800 Euro im Jahr bedeuten und insgesamt die Verkehrsmobilität in der Bundesrepublik um 7 Prozent verringern.⁸

Analysen des IW Köln zeigen, dass Steuerlast zwei Drittel des Benzinpreises und etwa 60 Prozent des Dieselpreises ausmachen.⁹

Die Energiewende und die CO₂-Bepreisung sind auch die vorherrschenden Faktoren für gestiegene und steigende Strompreise in Deutschland, wodurch auch die Elektromobilität immer weniger attraktiv wird. Diese Ansicht teilen u. a. die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), die Verbraucherzentrale Bundesverband, TenneT,¹⁰ und der Wirtschaftsbeirat Bayern.¹¹

Laut Destatis waren die Mobilitätsausgaben 2019 (neueste verfügbare Daten) der zweitgrößte Posten in der Ausgabenstruktur des durchschnittlichen deutschen Haushalts, der 351 Euro für Transport ausgeben musste.¹² Sowohl für die Pkw-Mobilität als auch für den ÖPNV sind die Kosten stetig gestiegen.¹³

Nach Einschätzung des ifo Instituts¹⁴ und des DIW¹⁵ sind die CO₂-Bepreisung und die gestiegenen Kraftstoffpreise regressiv und unsozial, da sie vor allem ärmere Arbeiterhaushalte, insbesondere aus dem ländlichen Raum, betreffen.

Um die anti-sozialen Auswirkungen der staatlichen CO₂-Bepreisung und Energiewende, die zu steigenden Spritpreisen geführt haben, abzufedern und das Leben im ländlichen Raum so attraktiv wie möglich zu halten, ist es an der Zeit, über eine Erhöhung der Entfernungspauschale (Pendlerpauschale) nachzudenken – auf 0,4 Euro pro Kilometer ab dem ersten Kilometer.

Die Pläne der Bundesregierung bzgl. einer gestaffelten Erhöhung der Pendlerpauschale ab dem 21. Entfernungskilometer sowie einer befristeten Mobilitätsprämie für Geringverdiener¹⁶ kompensieren die hohen Sozial- und Wettbewerbskosten der Klimapolitik nicht.

⁷ ADAC (2021). Spritpreise weiter auf Rekordkurs: Diesel mit neuem Allzeithoch. URL: <https://www.adac.de/news/aktueller-spritpreis/>

⁸ Delhaes D. (2021). 70 Cent mehr pro Liter Benzin – Warum der Spritpreis deutlich steigen wird. Handelsblatt. URL: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2021/klimaschutz-70-cent-mehr-pro-liter-benzin-warum-der-spritpreis-deutlich-steigen-wird/27565924.html?ticket=ST-6848067-IBVtab6uft3QTB4GM5mu-cas01.example.org>

⁹ Schaefer T. (2021).

¹⁰ Siehe deren Stellungnahmen zur Sachverständigenanhörung „Bezahlbarkeit der Elektrizität“ am 28.10.2021 im Bayerischen Landtag.

¹¹ Wirtschaftsbeirat Bayern (2021). Effektive Klimapolitik – Wettbewerbsfähige Industrie. URL: https://www.wbu.de/media/user_upload/20210623_Positionspapier_EffektiveKlimapolitik-wettbewerbsf%C3%A4higeIndustrie.pdf

¹² Destatis (2020). Durchschnittliche Höhe der Konsumausgaben je Haushalt* im Monat in Deutschland nach Verwendungszweck im Jahr 2019. URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/164774/umfrage/konsumausgaben-private-haushalte/>

¹³ Destatis (2021). Kosten von Mobilität. URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/07/PD21_N045_639.html;jsessionid=99ADA4BE239009E18C0F2137DABD0978.live711

¹⁴ ifo Institut (2021). Wie fair ist die Energiewende? Verteilungswirkungen in der deutschen Energie- und Klimapolitik. URL: <https://www.ifo.de/publikationen/2021/aufsatz-zeitschrift/wie-fair-ist-die-energiewende-verteilungswirkungen-der>

¹⁵ Kemfert C. et al. (2021). Bayern klimaneutral und sozial – Maßnahmenvorschläge für eine soziale Klimatransformation in Bayern. DIW. URL: https://bayernspd-landtag.de/workspace/media/static/diwecon_bayern-klimaneutral-un-60dd9ee4d040f.pdf

¹⁶ Bundesregierung (2019). Umweltfreundliches Verhalten wird gefördert. URL: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/klimaschutz-steuerrecht-1681880>

Diese Forderung wird unter anderem vom Bund der Steuerzahler¹⁷ und vom ADAC¹⁸ unterstützt.

Eine Erhöhung der Pendlerpauschale um 0,1 Euro pro Kilometer ab dem ersten Kilometer würde Mehrkosten für den Bundeshaushalt von ca. 1,7 Mrd. Euro verursachen, dafür aber jeden Pendler um bis zu 350 Euro im Jahr entlasten.¹⁹

Diese fiskalischen Mehrausgaben können u. a. durch erwartete Einnahmen der CO₂-Abgabe (ca. 15,1 Mrd. Euro im Jahr) oder die Senkung der Kaufprämien für E-Autos (ca. 2 Mrd. Euro im Jahr) gegenfinanziert werden.

¹⁷ Bund der Steuerzahler (2021). Steigende Spritpreise. Forderungen nach Entlastung der Autofahrer. Deutschlandfunk. URL: https://www.deutschlandfunk.de/steigende-spritpreise-forderungen-nach-entlastung-der.2932.de.html?dm:news_id=1313419

¹⁸ ADAC (2021). Frage der Bezahlbarkeit von Mobilität spielt eine entscheidende Rolle. URL: <https://www.presseportal.de/pm/7849/5054879>

¹⁹ Berechnungen der AfD-Fraktion anhand Daten des IfW Kiel und der Bundesregierung.

Die drei Minuten sind abgelaufen. Die Abstimmung ist beendet. Das Abstimmungsergebnis wird nach einer kurzen Unterbrechung bekannt gegeben.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/18565 und 18/18566 werden im Anschluss an die heutige Sitzung an die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich unterbreche die Sitzung bis zum Vorliegen des Abstimmungsergebnisses.

(Unterbrechung von 19:44 bis 19:46 Uhr)

Wir setzen die Sitzung fort. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Epidemische Lage von nationaler Tragweite beenden – gegen einen Lockdown für Ungeimpfte" auf Drucksache 18/18563 bekannt. Mit Ja haben 14, mit Nein 117 Abgeordnete gestimmt. Es gab eine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Die Sitzung ist damit geschlossen. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Schluss: 19:46 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes,
Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/18566

Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Ferdinand Mang**
Mitberichterstatter: **Michael Hofmann**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 115. Sitzung am 10. November 2021 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 48. Sitzung am 30. November 2021 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Ich sehe auch keine fraktionslosen Abgeordneten. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Januar 2022 (Vf. 2-VII-22) betreffend
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 1 Abs. 1 und 2 i. V. m. Art. 2 Satz 1 Nr. 4 Buchst. b, Art. 3, 5 und 6 des Bayerischen Lobbyregistergesetzes (BayLobbyRG) vom 6. Juli 2021 (GVBl. S. 386, BayRS 1100-7-I), das durch § 2 des Gesetzes vom 23. Dezember 2021 (GVBl. S. 661) geändert worden ist

PII-G1310.22-0001
 Drs. 18/20065 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 II. Die Anträge sind unbegründet.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Masterplan Digitale Schule III:
Eine Systembetreuerin bzw. ein Systembetreuer pro Schule
Drs. 18/18243, 18/20078 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Masterplan Digitale Schule IV:
Fortbildungen für digitales Lehren und Lernen jetzt ermöglichen
Drs. 18/18244, 18/20076 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Masterplan Digitale Schule V:
Digitalen Unterricht an weiterführenden Schulen weiterentwickeln
Drs. 18/18245, 18/20079 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Masterplan Digitale Schule VI: Digitaltag einführen
Drs. 18/18246, 18/20069 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

9. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Initiative BYSi I: Fördermittel für eine bayerische Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie
Drs. 18/18264, 18/19777 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

10. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Initiative BYSi II: Sonderwirtschaftszonen und Standortpolitik für eine bayerische Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie
Drs. 18/18265, 18/19778 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

11. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Initiative BYSi III: Silizium und Seltene Erden für die bayerische Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie
Drs. 18/18266, 18/19780 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Initiative BYSi IV: Sorgfaltspflichten und Sicherheitsstandards für den Aufbau einer bayerischen Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie
Drs. 18/18267, 18/19918 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

13. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Initiative BYSi V: Bayern zu einem Bildungs- und Forschungszentrum der Halbleiter- und Mikroprozessor-Industrie machen
Drs. 18/18268, 18/19781 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

14. Antrag der Abgeordneten Sandro Kirchner, Eric Beißwenger, Alexander König u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Rainer Ludwig u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Potenzialanalyse zur Errichtung von Photovoltaikanlagen auf öffentlichen und gewerblichen Parkplätzen
Drs. 18/18340, 18/20049 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Johann Häusler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Starke duale Berufsausbildung in Bayern
Drs. 18/18484, 18/19902 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> ohne					

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

16. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Psychische Gesundheitsvorsorge an Bayerns Schulen:
Weniger Leistungsforderung, mehr Zeit für Entwicklung
Drs. 18/18497, 18/20077 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dritten bayerischen Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht
jetzt beauftragen!
Drs. 18/18522, 18/19924 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ulrich Singer u.a. und Fraktion (AfD)
Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen!
Drs. 18/18566, 18/20039 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

19. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern endlich durchsetzen I –
Ausgleichspauschale
Drs. 18/18695, 18/20041 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Arif Taşdelen u.a. SPD
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern endlich durchsetzen II -
Verbundquote erhöhen
Drs. 18/18696, 18/20052 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter,
Horst Arnold u.a. SPD
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern endlich durchsetzen III -
Innovationsfonds ländlicher Raum – Invest in Bavaria neu ausrichten!
Drs. 18/18706, 18/20054 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter,
Horst Arnold u.a. SPD
Gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern endlich durchsetzen IV –
Kommunaler Aufholpakt Bayern
Drs. 18/18707, 18/20055 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunen entlasten: Gewerbesteuer ausfälle 2021 kompensieren
Drs. 18/18712, 18/20057 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig, Petra Guttenberger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Hilfe für Vergewaltigungsoffer: Altersgrenze für „Pille danach“ aufheben
Drs. 18/18746, 18/20063 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

25. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ulrich Singer u.a. AfD
Nein zu Eigentumseinschränkungen durch Landesverordnungen nach §§ 201a und 250 Baugesetzbuch
Drs. 18/18750, 18/20047 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Impfzentren jetzt wieder hochfahren, das Impfen beschleunigen!
Drs. 18/18751, 18/20043 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. AfD
Pandemic preparedness 3: Pflege
Drs. 18/18834, 18/19917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. AfD
Pandemic preparedness 4: Personal und Forschung
Drs. 18/18884, 18/19528 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. AfD
Pandemic preparedness 5: Rettungsdienst und Katastrophenschutz
Drs. 18/18885, 18/19529 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Christian Klingen, Andreas Winhart u.a. AfD
Pandemic preparedness 6: Innere Sicherheit
Drs. 18/18886, 18/19530 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Uli Henkel, Ulrich Singer u.a. AfD
Energiestandards im Gebäudeenergiegesetz auf die Werte der Energieeinsparverordnung 2009 zurücksetzen
Drs. 18/18904, 18/20048 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Dr. Anne Cyron, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Zerstörungsfreie und berührungslose Methoden zur Untersuchung von Kulturgütern an bayerischen Hochschulen finanziell fördern und weiterentwickeln
Drs. 18/18917, 18/19906 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Klare Perspektive für den Wintertourismus in Bayern - Planungssicherheit für Gäste und Betreiber
Drs. 18/18922, 18/19925 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

38. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wahlpflichtfach „Deutsche Gebärdensprache“ in Bayerns Schulen einführen
Drs. 18/18938, 18/20080 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Bodenbevorratung unterstützen –
Grundstücksfonds einrichten
Drs. 18/18939, 18/20060 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

40. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
PCR-Pooltestungen in Schulen über den Winter ausweiten!
Drs. 18/18940, 18/20072 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Außeruniversitäre Forschung 1:
Qualität der Forschungsförderung für Unternehmen und
außeruniversitäre Institute sichern –
staatliche Förderprogramme evaluieren
Drs. 18/18942, 18/19787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Außeruniversitären Forschung 5:
Nachhaltigkeit als Kriterium in die Zielvereinbarungen des Pakts für Forschung und Innovation aufnehmen
Drs. 18/18946, 18/19789 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Außeruniversitäre Forschung 6:
Wissenschaftskommunikation in der außeruniversitären Forschung stärken
Drs. 18/18947, 18/19923 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

47. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Potenzial im Gastgewerbe freisetzen – Bürokratie abbauen durch konsequente Digitalisierung von Meldescheinen
Drs. 18/18951, 18/20050 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

48. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Arbeiten für wenig Geld – Anhörung zur Situation der Beschäftigten im bayerischen Niedriglohnssektor
Drs. 18/18953, 18/19947 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> ENTH					

49. Antrag der Abgeordneten Florian Ritter, Arif Taşdelen, Harald Güller u.a. SPD
Für einen umfassenden und gerechten Steuervollzug im Freistaat: Bessere Personalausstattung an den bayerischen Finanzämtern!
Drs. 18/18954, 18/19908 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

50. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Doris Rauscher, Margit Wild u.a. SPD
Jungen Menschen den Start in die duale Ausbildung erleichtern
Drs. 18/18955, 18/19896 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/> ohne					

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen.

54. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Doris Rauscher u.a. SPD
Bericht über die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern
Drs. 18/18994, 18/20073 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

55. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verlängerung des Förderzeitraums der „Finanzhilfen des Bundes für das Investitionsprogramm zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkindern“
Drs. 18/19004, 18/20081 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH

56. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Staatliche Betriebsleitung und -ausführung im Kommunalwald erhalten
Drs. 18/19035, 18/19949 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> A	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

57. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Florian von Brunn u.a. SPD
Vierte Corona-Welle: Studium ohne Nachteile gewährleisten - Planungssicherheit auch im Wintersemester 2021/2022
Drs. 18/19046, 18/19905 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

58. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Angesichts der vierten Coronawelle: Theater erhalten und Spielstättenprogramm bis 30. Juni 2022 verlängern
Drs. 18/19055, 18/19904 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

59. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schülerinnen und Schüler im dritten Pandemiejahr pädagogisch sowie psychosozial unterstützen!
Drs. 18/19074, 18/20082 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

67. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wissenschaftszeitvertragsgesetz
Drs. 18/19269, 18/20059 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

68. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Energie für Bayern. Gasversorgung sicherstellen III:
Bericht zur Gasversorgung Bayerns
Drs. 18/19722, 18/20066

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Der Antrag wurde für erledigt erklärt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ulrich Singer, Christian Kligen, Andreas Winhart, Uli Henkel, Katrin Ebner-Steiner, Ferdinand Mang, Martin Böhm** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/18566, 18/20039

Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Martin Böhm

Abg. Michael Hofmann

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Gerald Pittner

Abg. Klaus Adelt

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf.

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)

Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer erhöhen! (Drs. 18/18566)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt 32 Minuten. Der erste Redner ist der Abgeordnete Martin Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag fordert die Erhöhung der Pendlerpauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer. Als wir diesen stellten, war die von links-grüner Ideologie befeuerte Inflation schon präsent, die wahre Hitze der aufziehenden Inflation aber noch gar nicht absehbar.

Sie hier auf der linken Seite des Hohen Hauses tun gemeinsam mit Buntberlin alles Erdenkliche dafür, dass diejenigen, die hier in Deutschland sprichwörtlich "den Motor am Laufen halten", den Sprit dafür überhaupt nicht mehr bezahlen können.

Sie aus der Mitte der demokratischen Parteien haben zuerst Ihre christlichen Werte über Bord geworfen, und nun helfen Sie dabei, den bunt-sozialen Spaltkeil noch tiefer in unsere Gesellschaft hineinzuschlagen. Wer, wenn nicht die Parteien, die die Regierung eines Flächenstaates tragen, sollen sich in Berlin für eine bürgerfreundliche Pendlerpauschale überhaupt einsetzen? Sie tun es jedenfalls nicht, zumindest noch nicht.

Sie haben unseren Antrag im Ausschuss abgelehnt und sich damit auch gegen Ihre eigenen Wähler gestellt. Das sollen die Bürger wissen. Genau deswegen führen wir hier und heute diese Debatte.

Der Benzinpreis hat sich von 2004 bis heute um 51 % erhöht, der Preis des Diesels sogar um über 70 %. Die Pendlerpauschale hingegen verharrt bei 30 Cent pro Kilometer. Da helfen auch die Anpassungen im Rahmen des Klimapaketes nicht – nein, Sie verhöhnen die Bürger damit.

Die Rechnung ist einfach: Bei 30 Cent kommt Bürger Fritz Fleißig erst dann über den Werbungskostenpauschbetrag von 1.000 Euro jährlich, wenn seine Arbeitsstelle 60 Kilometer von seinem Zuhause entfernt liegt. Bei 40 Cent muss sie nur 12 Kilometer von daheim entfernt liegen. Bei 50 Cent Entfernungspauschale – gemäß einem gerechtfertigten Update unseres Antrags – hätten auch diejenigen Bürger Vorteile, die nur 9 Kilometer zur Arbeit fahren müssen. Im Lichte von Energiepreisverdopplung und Inflation erscheint selbst das als die Untergrenze des Ansetzbaren, wenn man bedenkt, mit welcher Begeisterung der Staat andernorts Milliarden verbrennt.

Nachgewiesene Aufwendungen für den ÖPNV hingegen senken die Besteuerungsgrundlage immer genau in der Höhe, in der sie den Pauschbetrag von 1.000 Euro auch übersteigen. Da ist es vollkommen egal, wie heiß die Inflation läuft. Genau da liegt die Ungerechtigkeit verborgen. Das grün-bourgeoise Milieu mit U- und S-Bahn vor der eigenen Haustür wird gehätschelt, während der Malocher aus Niederbayern und Oberfranken nicht mehr weiß, wie er den Tank voll bekommt.

Unter vollkommener Ausblendung der bekannten infrastrukturellen Tatsachen unseres Freistaates singen CSU und FREIE WÄHLER heute das grüne Ökolied, anstatt sich für die Entlastung der Tüchtigen hier im Land einzusetzen. Wir sind dem Volk in Stadt und Land verpflichtet. Es ist abzusehen, dass die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag in der kommenden Woche einen Antrag auf eine Erhöhung der Pendlerpauschale auf vermutlich 38 Cent stellen wird. Aha! Das ist von der AfD abgekupfert. Genau das ist unsere aktive Politik, nämlich den etablierten Parteien voranzugehen und Entlastung im Sinne unserer Bürger, im Sinne der tüchtigen Steuerzahler hier im Land zu fordern. Stimmen Sie unserem Antrag heute noch zu!

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist der Kollege Michael Hofmann für die CSU-Fraktion.

Michael Hofmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Problematik der Pendlerpauschale ist schwierig. Wir wissen, dass durch das Steigen der Energiekosten in diesem Zusammenhang erhebliche Belastungen für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstanden sind. Nichtsdestoweniger lassen wir uns von Leuten, die nach ihrer eigenen Auffassung vor allem dann profitieren, wenn es in diesem Land schwer wird und Schwierigkeiten entstehen, nicht erzählen, dass sie erfunden hätten, wie man für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kämpfen müsste. Dieser Freistaat Bayern kämpft seit Jahren und Jahrzehnten in Verantwortung für die Möglichkeiten bei der Pendlerpauschale. Die letzten Entwicklungen, insbesondere die Erhöhungen, die im Zusammenhang mit dem Klimapaket ab dem 21. Kilometer zustande gekommen sind – erst auf 35 und dann auf 38 Cent –, zeugen davon.

Wir als CSU haben auf Bundesebene auch immer dafür gekämpft, dass die Regelung noch großzügiger wird. Es ist allerdings so, dass wir immer in Koalitionsschwierigkeiten stecken – Herr Mehring, schauen Sie mich nicht so an, ich rede, was die Koalitionswänge damals angegangen hat, vom Bund. Die Koalitionswänge, die wir auf Bundesebene hatten, haben natürlich bestimmte Limitierungen herbeigeführt.

Daher glaube ich, dass wir uns in dem Bereich nichts vorwerfen lassen müssen. Der Ministerpräsident hatte im Oktober, als der Antrag von der AfD gestellt worden ist – wer kuppert hier eigentlich von wem ab? –, das Thema der Pendlerpauschale schon längst angesprochen und hatte auch schon entsprechende Vorschläge unterbreitet. Jetzt hat die Konferenz der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden, an der unser Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer ebenfalls teilgenommen hat, den Beschluss gefasst, ab dem ersten Kilometer auf 38 Cent zu gehen. Dieses Verhalten der AfD, hier eine

40-Cent-Pauschale zu fordern, würde im Grunde genommen den windigsten Betreiber eines Standes auf einem Basar wirklich zu Freudentränen rühren; denn es geht Ihnen überhaupt nicht um die Rechte der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, sondern allein darum, mit einem solchen Antrag wieder ein Feigenblatt vor sich her zu tragen

(Zuruf)

und den Leuten zu erklären, Sie würden sich um ihre Belange kümmern. Spätestens seit dem Austritt Ihres Parteivorsitzenden Meuthen

(Widerspruch bei der AfD)

müsste doch jeder bürgerlichen Kraft in Ihrer Partei vollkommen klar sein, dass Ihre Politik einzig und allein darauf gerichtet ist, hier eine Spaltung herbeizuführen. Den Leuten zu erzählen, Sie würden sich für ihre Interessen einsetzen! In Wahrheit geht es Ihnen um etwas völlig anderes. In Wahrheit geht es Ihnen um Ihre Politik des Aussonderns und Spaltens – hier sind die Guten, da die Schlechten. Das ist die Politik, die Sie betreiben. Sie nutzen die Regeln des Parlaments dafür, die Demokratie vorführen zu wollen. Aber das lassen wir uns von Ihnen nicht bieten, und wir lassen es uns auch nicht gefallen. Die Menschen wissen ganz genau, wer sich glaubwürdig für ihre Rechte einsetzt, und das sind ganz bestimmt nicht Sie;

(Zuruf: Doch!)

denn Sie zünden das Land an. Ihr Parteivorsitzender Meuthen ist der beste Beweis dafür, dass bürgerliche Politik in Ihrer Partei keine Zukunft hat. – Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Kollege Hofmann. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Herrn Abgeordneten Mannes von der AfD-Fraktion vor.

Gerd Mannes (AfD): Herr Hofmann, jetzt haben Sie sich mit Ihrem unsachlichen Vortrag doch reichlich blamiert. Das muss ich jetzt mal sagen.

(Beifall eines Abgeordneten der AfD)

Ich sage Ihnen das eine: Steigende Energiekosten hat die CSU selbst erfunden. Sie haben, noch in der Regierung, landauf, landab die CO₂-Steuer gefordert. Sie wissen ganz genau, dass das auch die Benzinpreise nach oben getrieben hat. Erzählen Sie mir nichts über Arbeitnehmer!

Das andere ist: Wir haben schon 2019 und auch im Oktober 2020 die Erhöhung der Pendlerpauschale gefordert. Im November war das Thema im Ausschuss. Dann sind Sie gekommen und haben das ebenfalls gefordert. Warum haben Sie denn nicht gleich zugestimmt? – Das wollte ich jetzt hier noch mal fragen.

Das Nächste ist: Hin-und-her-Politik, Opportunismus und Populismus werfen Sie uns vor. Nein, Sie machen das, weil Sie jeden Tag Ihre Meinung ändern.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Hofmann bitte.

Michael Hofmann (CSU): Wir ändern nicht täglich unsere Meinung.

(Zurufe: Doch!)

Das ist absoluter Quatsch. Aber ich weiß natürlich, dass es in Ihr politisches Konzept passt, so etwas zu verbreiten und ständig zu wiederholen. Sie fragen sich, warum wir Ihrem Antrag nicht zustimmen. Wir sind selbstverständlich dafür, dass man die Pendlerpauschale erhöht. Das ist doch überhaupt keine Frage. Aber wir lassen uns von Ihnen nicht vorführen. Sie hätten es am liebsten noch, dass wir Ihnen Beifall klat-

schen, weil Sie mit Messer und Gabel essen können. Aber auch das machen wir nicht. Nur weil von Ihnen ein Gedanke kommt,

(Zuruf)

den wir teilen und den wir schon geteilt haben, als es die AfD noch gar nicht gegeben hat, springen wir doch nicht über Ihr Stöckchen. Da müssen Sie früher aufstehen, Herr Kollege, sehr viel früher!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Widerspruch bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hofmann. – Ich gebe bekannt, dass die AfD-Fraktion namentliche Abstimmung zu ihrem Antrag auf Drucksache 18/18264, TOP 10, beantragt hat, und rufe den Kollegen Dr. Markus Büchler für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

(Unruhe bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Franz Bergmüller (AfD))

Herr Abgeordneter Bergmüller, ich darf Sie daran erinnern, dass wir nicht in der Westkurve eines Fußballstadions sind, sondern im Hohen Haus. Vielen Dank.

(Beifall)

Herr Dr. Büchler, Sie haben das Wort.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag ist nicht nur inhaltlich völlig falsch. Beispielsweise hat die CO₂-Steuer nicht zu einem Preisanstieg – sprunghaft um 30 Cent – geführt. Das ist einfach völlig falsch und stimmt nicht. Vielmehr hat der Antrag auch noch einen falschen Adressaten. Sie wenden sich an die Staatsregierung und wollen etwas von der Bundesregierung. Ich kann Sie darüber informieren, dass es inzwischen eine Wahl gab. Da hat sich etwas geändert. Wenn Sie etwas von der Bundesregierung wollen, müssen Sie sich inzwischen an andere wenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Böhm von der AfD-Fraktion.

(Der Abgeordnete Martin Böhm (AfD) ist nicht zu verstehen)

Ein bisschen näher ans Mikrofon bitte, Herr Abgeordneter.

(Der Abgeordnete Martin Böhm (AfD) ist weiterhin nicht zu verstehen)

Die Stenografen können Sie nicht hören. Deshalb sprechen Sie bitte ins Mikrofon. Bitte sehr, Herr Abgeordneter.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Dr. Büchler, Sie meinen, wir hätten den falschen Adressaten bedient. Dagegen verwahre ich mich ganz entschieden. Wer, wenn nicht wir hier als Abgeordnete in einem Flächenstaat, hat denn überhaupt die Möglichkeit und das Recht, sich für die Pendler einzusetzen?

Ich kann jetzt nicht einschätzen, woher Sie kommen. Aber bei uns in Oberfranken fahren Leute jeden Tag 20, 30, 40 Kilometer mit dem Auto zur Arbeit, um tüchtig Steuern zu bezahlen. Das sind Pflegekräfte, das sind Hausmeister, die am Monatsende vielleicht nicht wissen, wovon sie am 29., 30. und 31. ihr Essen kaufen sollen. Diesen Menschen wollen Sie die Steuerersparnis verweigern. Schämen Sie sich für so eine ideologiegetriebene Politik! Ihre Partei ist schuld daran, dass die ganze Malaise der Energiepreisinflation überhaupt erst über unsere Heimat hereingebrochen ist.

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Eine Antwort wäre so redundant wie die Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Dr. Büchler. – Nächster Redner ist Herr Kollege Gerald Pittner für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig: Die Energie wird immer teurer, und damit steigen auch die Kosten der Mobilität. Ja, es ist auch richtig, dass das uns Bayern insbesondere im ländlichen Raum am allermeisten trifft. Und ja, es ist durchaus richtig – das will ich gar nicht verhehlen –, dass die Erhöhung der Pendlerpauschale ein Antrag in die richtige Richtung ist, aber nicht mit dieser Begründung. Der Antrag ist zu kurz gesprungen.

Die erhöhten Benzinpreise treffen nämlich nicht nur die Pendler – es ist ja praktisch eine Entfernungspauschale für Erwerbstätige –, sondern auch die Mutter, die ihre Kinder in den Kindergarten fährt, und die Senioren, die ihr Arbeitsleben bereits hinter sich haben. Sie können ihre Ausgaben nicht von der Steuer absetzen, haben aber ebenfalls die höheren Energiepreise. Hier wäre ein anderer Antrag Richtung Mineralölsteuersenkung oder Ähnliches weitaus sinnvoller. Das kann allenfalls ein weiterer Punkt sein. Weil es eben kein durchdachtes Konzept ist, müssen wir den Antrag ablehnen.

Außerdem gefällt uns ganz klar auch die Begründung nicht. Man kann sich über Klimaschutz etc. und die Kostensteigerung streiten; okay. Aber links-grüne Ideologie befeuert die Inflation: Das soll der Grund sein? – Diesen Stachel wollen wir weiter in die Gesellschaft treiben? Hallo? – Also mit so einer Diskussion und Argumentation werden wir diesem Antrag niemals zustimmen, auch wenn das Ziel, nämlich die Erhöhung der Pendlerpauschale, bei uns wie sicherlich auch bei den Kollegen der CSU auf dem Plan steht und wir alles Mögliche dafür tun werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Pittner. – Nächster Redner ist für die SPD-Fraktion Herr Kollege Klaus Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gestiegenen Energiekosten betreffen alle. Der Kollege Pittner hat es bereits erläutert. Sie betreffen die Senioren genauso wie die Mutter, die die Kinder in den Kindergarten fährt. Die Pendlerpauschale ist dafür gedacht, dass die Kosten für die Fahrt von der

Wohnung zur Arbeitsstätte in Anrechnung gebracht werden, sei es mit Auto, mit Fahrrad, mit ÖPNV oder auch zu Fuß. Die letzteren drei Möglichkeiten haben sicherlich mit steigenden Energiekosten nichts zu tun. Außerdem ist das eine Sache des Bundes und nicht von uns hier.

Ich könnte jetzt sagen: Ich will Sie, Kollegen von der AfD, in Grund und Boden reden. – Denn das wünscht ihr euch ja. Ihr bettelt ja geradezu darum, dass am Schluss jeder Sitzung bei den letzten fünf Anträgen immer auf die AfD eingehauen wird. Das mache ich diesmal nicht. Ich mache es nicht. Aber ihr könnt euren Twitter-Königen auf der dritten Etage sagen: Der Antrag ist weder dringlich, noch ist er hier an die richtige Stelle gerichtet. Vielmehr ist der Antrag aus der Sicht der SPD und gerade aus der Sicht von Klaus Adelt ein Schmarrn. – Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Adelt, bitte bleiben Sie am Mikrofon. – Herr Abgeordneter Mannes hat eine Zwischenbemerkung. Herr Mannes, bitte.

Gerd Mannes (AfD): Wenn Sie erlauben, stelle ich Ihnen, Herr Adelt, noch eine Frage zu diesem "Schmarrn". Sie waren einmal die Partei der kleinen Leute. Das sind Sie jetzt nicht mehr.

(Zuruf)

Sie haben die CO₂-Steuer eingeführt. Dadurch sind die Spritpreise deutlich teurer geworden. Bis 2025 wird die CO₂-Abgabe um weitere 260 % erhöht. Sie haben es vorhin gesagt. Ja, es stimmt, die ganze Gesellschaft leidet unter den hohen Energiepreisen. Aber es ist doch nicht falsch, es den Leuten, die jeden Tag zur Arbeit fahren, zu ermöglichen, dass am Ende des Monats noch Geld übrig bleibt! Warum soll das falsch sein? Das habe ich nicht verstanden. Können Sie noch einmal erläutern, warum dies falsch sein soll?

Klaus Adelt (SPD): Die Antwort lautet: Wir sind nicht der richtige Ansprechpartner. Das ist der Bund. Ich vertraue auf unsere Regierung, dass sie für alle die richtige Lösung findet. Im Übrigen habe ich keine Lust auf dieses Frage-und-Antwort-Spiel am Ende jeder Sitzung.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Adelt. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion Herr Kollege Dr. Helmut Kaltenhauser.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe weder Lust, mit dem AfD-Bashing weiterzumachen – darin hat Herr Hofmann schon gute Übung –, noch Inhalte zu wiederholen, die wir bereits im Ausschuss diskutiert bzw. hier noch einmal zu hören bekommen haben. Wir sind uns alle einig, dass die gestiegenen Energiekosten für die Pendler ein Problem sind, insbesondere im ländlichen Raum – nein, ich sage bewusst: in den ländlichen Räumen; denn diese kann man nicht unbedingt miteinander vergleichen.

(Beifall bei der FDP)

Dass man gemeinsam etwas dagegen unternimmt, zum Beispiel durch die Erhöhung der Pendlerpauschale, ist eine Möglichkeit. Der Bundesfinanzminister Lindner hat dies letzte Woche auch schon erwähnt. Ich habe keine Lust, darüber zu streiten, wer es wann zuerst gesagt hat. Das ist völlig irrelevant.

Man muss aber bedenken: Wenn man darüber spricht, muss man noch ein bisschen weiter denken. Wir müssen überlegen, wie wir die gesamte Struktur neu aufbauen wollen, anstatt nur zu sagen, wir erhöhen die Pauschale von 38 auf 40 Cent pro Kilometer. Ab welchem Kilometer sie gilt, ist völlig obsolet; abgesehen davon, dass die Diskussion in Berlin ohnehin schon im Gange ist. Wenn Sie etwas beitragen wollen, liebe Kollegen von der AfD, dann unterbreiten Sie einen richtig konkreten Vorschlag, wie Sie die gesamte Struktur neu aufbauen wollen, anstatt zu spekulieren, wer von wem abgeschrieben hat; denn dies bringt uns keinen Millimeter weiter.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind das restliche Hohe Haus sowie der fraktionslose Abgeordnete Sauter. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.